



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

2014: Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe

Die UNO hat 2014 zum Internationalen Jahr der Familienbetriebe erklärt. In vielen Ländern wurden Ad-hoc-Ausschüsse mit einer mehr oder weniger glaubwürdigen Zusammensetzung gebildet. In der Schweiz halten der Bauernverband, Swissaid, Helvetas, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete und andere das Heft in der Hand. Um das Thema von verschiedenen Seiten anzugehen, sind eine Website, eine Facebook-Seite, regionale Veranstaltungen und eine nationale Konferenz geplant. Da das Thema von entscheidender Bedeutung ist und uns betrifft, stellen sich eine Anzahl von Fragen, die uns die nächsten 12 Monate und vermutlich auch darüber hinaus begleiten werden.

Wo wird die Grenze zwischen Familien- und Industriebetrieb gezogen? Auch wenn die Grösse eines Betriebs als Grenzwert nicht ausreicht, so ist er doch ein wichtiger Eckwert. Ist ein Betrieb in Familienhand, der viele Angestellte beschäftigt und ohne genügend eigenen Boden (also bodenunabhängig) im grossen Stil produziert noch ein Familienbetrieb? Nicht einfach zu beantworten. Dieser Betrieb entspricht einigen Begriffsdefinitionen familiärer Landwirtschaft*: die Risikoübernahme, der Entscheidungsträger, der Besitz von Boden und Kapital und einem hauptsächlich aus landwirtschaftlicher Tätigkeit erwirtschaftetem Einkommen. Aber reicht das aus, um diese Betriebe als nicht-industriell zu klassifizieren?

Es ist wichtig, über Familienbetriebe zu sprechen, aber was machen wir mit anderen landwirtschaftlichen Betriebsformen, die nicht in die Schublade *Familie* passen?

Was sollten wir hervorheben? Nur Betriebe mit der althergebrachten Generationenfolge? Oder die *bäuerliche* Landwirtschaft, getragen von Familien? Oder auch Genossenschaften, kollektive Betriebe, die zwar nicht zwangsläufig durch Familie verbunden sind, aber

dennoch eine profitable und ökologisch orientierte Landwirtschaft betreiben, die auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet ist?

Sind die Familienbetriebe das Allheilmittel, wie vom SBV dargestellt, der sie im Situationsbericht 2013 als "Idealmodell" definiert? Laut Definition bedeutet dies, dass der Grossteil der Arbeit von Familienmitgliedern geleistet wird. Heisst das, dass der Mann zu 100% arbeitet und sein Einkommen hauptsächlich daraus erwirtschaftet, dass die Frau, sich um Kinder und Haushalt kümmert und eventuell ein kleines Zusatzeinkommen verdient, dass der Sohn zum Lehrlingslohn und dass der Grossvater als AHV-Bezüger gratis mitarbeitet? Ist dies wirklich ökonomisch und sozial nachhaltig? Dürfen wir das fragen, oder ist es ein Tabu, weil das Modell der Bauernfamilie verherlicht wird und so kostbar ist für unsere kollektive Vorstellung von ländlicher Idylle?

Vielleicht sollte dieses Jahr genutzt werden, um genau diese Fragen zu reflektieren, um sie ohne Tabu anzusprechen.

Auch um danach zu fragen, ob die aktuelle Agrarpolitik sich günstig für die Familienbetriebe auswirkt? Haben die Frauen, angesichts der personellen und finanziellen Investitionen in den Betrieb, ihren verdienten Status? Ist die Berechnung der Standardarbeitskräfte (SAK) wirklich das gerechte Abbild der Gesamtheit der geleisteten Arbeit der Familie? Ist es nicht nötig, angesichts der Markt- und Strukturentwicklung, auch anderen Betriebsführungsmodellen – nebst der Familieneinheit – einen gleichwertigen Platz einzuräumen, um einen Betrieb bäuerlich zu führen? Ist das Familienmodell per Definition nur dann nachhaltig, wenn die Vermögenswerte an die nächste Generation übertragen werden, oder stellen sich die Fragen etwas subtiler? Liegt die Entscheidungsmacht noch in der Hand der Bauernfamilien, oder bestimmen letztlich die Abnehmer?

Der Weltagrarbericht, das Rural Weltfo-



rum und der Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung erwähnen eine Reihe von Herausforderungen, um Familienbetriebe zu erhalten: die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit, um sich auf den Märkten besser zu behaupten zu können, die Verbesserung des Einkommens und mehr Wertschöpfung auf den Höfen.

Angesichts des zunehmenden Drucks auf die Einkommen sucht jede Bauernfamilie, nicht grundlos, individuelle und oft zeitintensive Lösungen, um sich aus der schwierigen Lage zu befreien. Diese individuellen Lösungsansätze erschweren die Suche nach gemeinsamen und solidarischen Lösungen. Es erschwert die Stärkung der Bauernorganisationen und die Bündelung der Produzenten als Voraussetzung für eine einflussreichere Verhandlungsposition. Eine solche wertungsfreie Feststellung soll uns dazu bringen gemeinsame Lösungen zu entwerfen. Es liegt an den Bäuerinnen und Bauern sich diesen Herausforderungen stellen, doch darf der Staat nicht vergessen, dass obgenannte Instanzen ihn auffordern seinen Teil zur Lösung dieser Fragen beizutragen.

*<http://www.familyfarming.ch>



Agrarindustrie

Demo

Seite 1



Ernährungs-souveränität

Volksinitiative

Seite 3



Uniterre

Neuigkeiten

Seite 4

BERLIN: DEMO GEGEN AGRARINDUSTRIE

30'000 Menschen fordern: Stoppt Agrarindustrie!

Während in Berlin Regierungsvertreter aus 70 Staaten angesichts des Klimawandels und begrenzter Ressourcen im Kampf gegen Hunger eine Stärkung der globalen Landwirtschaft verlangen, demonstrierten 30 000 Menschen gegen die Agrarindustrie. Diese Bewegung zeigt auf klare Weise, dass Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik nicht nur Sache der BäuerInnen sondern der gesamten Bevölkerung ist.

Während in Berlin Regierungsvertreter aus 70 Staaten angesichts des Klimawandels und begrenzter Ressourcen im Kampf gegen Hunger eine Stärkung der globalen Landwirtschaft verlangen, demonstrierten 30 000 Menschen gegen die Agrarindustrie. Diese Bewegung zeigt auf klare Weise, dass Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik nicht nur Sache der BäuerInnen sondern der gesamten Bevölkerung ist. Ein breites Bündnis aus über 100 Organisationen, darunter Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, Natur-, Tier- und VerbraucherschützerInnen, Entwicklungsorganisationen und Erwerbsloseninitiativen fordert einen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Statt weiterhin *Klientelpolitik für die Agrarindustrie* wie mit dem GAP-Reformvorschlag 2014-2020 zu betreiben, solle sich die Bundesregierung für eine soziale, tiergerechte und ökologische Agrarwende einsetzen. Die bäuerliche Landwirtschaft ist nicht modernitätsfern, arm oder unterentwickelt. Es ist ein nachhaltiges landwirtschaftliches Modell, das natürliche und menschliche Ressourcen respektvoll nutzt und so soziale und Ernährungssicherheit weltweit garantiert. Dafür steht das diesjährige Internationale Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe und diese Demonstration.

Auch in Deutschland geht der Strukturwandel, die Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft ungebremst weiter. So verschwanden zwischen dem Jahr 2000 und 2010 gegen 15 000 landwirtschaftliche Betriebe pro Jahr

Diese Entwicklung bringt vor allem in der Hühnerhaltung, der Rinder- und Schweinemast immer mehr spezialisierte Großbetriebe hervor. Immer größere Bestände mit intensiverer Haltungen von Hochleistungstieren sind ein Irrweg. Die Demonstration fordert von der Bundesregierung das vollständige

Verbot neuer Megaställe sowie Gesetze für eine artgerechte, flächenverbundene Tierhaltung ohne Antibiotika-Abhängigkeit, mit Auslauf und Stroh, die Förderung regionaler Futtermittelerzeugung in bäuerlich-mittelständischen Strukturen und lebendigen ländlichen Regionen – also: Klasse statt Masse zu fairen Erzeugerpreisen und Marktregeln für die Bauern!

Die Agrarexporte gefährden Ernährungssouveränität

Obwohl sowohl Deutschland wie auch die EU das Recht auf Nahrung anerkennen, und obschon weltweit mehr als 840 Millionen Menschen hungern, werden für die Agrarimporte nach Deutschland 18 Millionen Hektar Ackerfläche im Ausland bewirtschaftet und plant die Agrarpolitik den Aufbau von 40 Millionen neuen Mastplätze für Hühner und 2,5 Millionen Mastplätze für Schweine in Deutschland. Es werden veredelte tierische Produkte exportiert und Futtermittel die in Konkurrenz zu menschlicher Nahrung stehen importiert. Die Agrarreform (GAP) in der EU und die WTO Beschlüsse in Bali bekräftigen diese widersprüchliche Ausrichtung. In Bali wurde der Aufkauf kleinbäuerlicher Agrarproduktion zu Festpreisen als verbotene Subvention gebrandmarkt und Indien darf sein Programm nur als Ausnahme und mit Restriktionen durchführen. Anderen Staaten wird dieses Recht aberkannt. Weiter fördert die EU und Deutschland in enger Zusammenarbeit mit der Agroindustrie Initiativen um das *Wachse oder Weiche-Modell* in den globalen Süden zu exportieren (G8 New Alliance for Food Security and Nutrition, G8NA).

und verlangt Reformen und technische Massnahmen im Saatgutsektor. Dabei ist es jedoch widersprüchlich



Berlin am 18. Januar 2014

der Spekulation mit Nahrungsmitteln durch Freihandelsabkommen immer mehr Spielraum zu geben, den Anbau von Agrotreibstoffen zu fördern und dann gleichzeitig den Hunger bekämpfen zu wollen. So sind Milchpulver, Hühnerreste und Schweinefleisch, die in Massen von Deutschland und der EU exportiert werden so billig, dass Bauern in Afrika damit nicht konkurrieren können.

Die Demonstration kritisierte besonders das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). „Hinter verschlossenen Türen verhandelt die EU-Kommission über ein Freihandelsabkommen, das Bauern und Verbrauchern gleichermaßen schadet. Die große Mehrheit der Menschen will keine Chlorhühner, kein Hormonfleisch und keine Gentechnik durch die Hintertüre. Genau das drohe aber, wenn das geplante Freihandelsabkommen abgeschlossen wird

Gesundes und bezahlbares Essen für alle

In Deutschland ernähren 300 000 BäuerInnen 80 Millionen Menschen. Ihre Produkte werden zu über 90% von fünf Grossverteilerketten vermarktet: Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro. Sie diktieren Preise, Qualität, Arbeitsbedingungen und Löhne bei der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung der Lebensmittel. Rund ein Drittel der Deutschen Bevölkerung hat zur Ernährung ein Budget von 135 Euro im Monat wie es der Regelsatz der Sozialhilfe für einen alleinstehenden Erwachsenen festsetzt, zur Verfügung. Das reicht nur für die billigsten Angebote. Für gesunde Lebensmittel sollen aber auch faire Löhne bezahlt werden, das heisst teurere Lebensmittel. Wenn die Lebensmittel aber billiger und für alle bezahlbar werden, muss weiter rationalisiert und die

Löhne gesenkt werden. Der Weg führt dann über Ökoindustrialisierung mit osteuropäischen Subunternehmen. Aus diesem Grund fordert das *Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum* einen deutlich höheren Regelsatz für Ernährung, einen existenzsichernden Mindestlohn, kostenlose soziale Infrastruktur und eine gesunde Ernährung für alle auf der Basis einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft.

Die Bewegung fordert Freiheit für die Saatgutvielfalt

Die Uniformisierung unter einer vereinheitlichten europäischen Saatgutkontrolle mit welcher sich die Saatgutindustrie den Zugriff auf die Saaten sichern will, soll verhindert werden. Im Kampf gegen die Bedrohung der Bienen durch Pestizide konnte trotz massiver Lobbyarbeit und Medienkampagne in Europa die bedenkliche Gruppe der Neonicotinoiden vorläufig verboten werden.

Das Thema Zugang zu Land für alle und Landgrabbing ist auch in Europa und Deutschland aktuell. In Ostdeutschland bewirtschaftet so zum Beispiel ein einziges Unternehmen 32'000 ha. Die Landvergabepraxis muss vorrangig bäuerliche Landwirtschaftsprojekte berücksichtigen. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss jungen Leuten eine Chance gegeben werden sich zu gründen, zu etablieren und bestehen zu können.

Inspiriert durch die Proteste in Berlin finden ab dem Jahre 2012 auch Aktionen in Holland und Österreich statt.

Rudi Berli

Mehr Infos : <http://www.wir-haben-es-satt.de>, www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org



30'000 Menschen fordern: Stoppt Agrarindustrie! - Berlin am 18. Januar 2014

ERNÄHRUNG SOUVERÄNITÄT

Andere pflügen die Erde, aber wir werden die Zukunft säen!

Ihr habt es wieder und wieder gelesen: 2014 wird das Schweizer Jahr der Volksinitiativen zu Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung. Unter dem Strich ist das eine gute Sache, denn das Thema ist für uns alle zentral. Obwohl es (für manche) zu viele Texte gibt, haben sie einen gemeinsamen Nutzen: Sie werden eine gesellschaftliche Debatte auslösen. Vielleicht in der Grössenordnung der Initiativen «Minder», «1:12», «Mindestlohn» und «Grundeinkommen usw. die es ermöglichten», verschiedene Aspekte der tabuisierten Geldfrage in aller Öffentlichkeit zu diskutieren.

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) lanciert eine Initiative für Ernährungssicherheit, welche ganz allgemein formulierte Fragen zum Schutz von Kulturland, zur Versorgung mit inländischer Produktion, zur Verringerung des administrativen Aufwands und der Reformen auf den Höfen aufwirft. Die Grünen wollen sich ihrerseits dafür einsetzen, dass sowohl die inländischen als auch die importierten Lebensmittel umwelt-, tier- und menschenfreundlich produziert werden.

Das Projekt von Uniterre ist umfangreicher. Es ist aus einem Überlegungsprozess von über 15 Jahren entstanden. Es geht dabei um die Ernährungssouveränität, die wir Schritt für Schritt zusammen mit La Via Campesina aufbauen. Wir haben uns für einen detaillierten Text entschieden, der alle Punkte aufnimmt, die uns am Herzen liegen und die wir anerkennen. Wir sind überzeugt, dass unsere Ideen in der Bevölkerung viel Unterstützung finden werden. Natürlich werden auch die Gegner nicht auf sich warten lassen und uns aus diesem oder jenem Winkel angreifen. Doch das Echo aus den Sektionen könnte klarer nicht sein: «Wenn schon, denn schon! Wir machen keine halben Sachen, es geht um Überzeugungen, um Werte, an die wir glauben.» «Diese Initiative zeigt, wer wir sind. Mit ihr können wir uns eine lebenswerte Zukunft gestalten.» «Dieser Text bringt nicht nur Verbesserungen für uns Bauern in der Schweiz, sondern auch für viele andere. Wir zeigen, dass wir das Herz am rechten Fleck haben und dass wir auf unserer Ebene für eine bessere Welt kämpfen.» «Unser Text ist ganzheitlich und er spricht für sich. Alle Aspekte sind da: Konsum, Arbeit, Mengensteuerung, Preise usw. Noch ist die Schweiz ein Land ohne Vision, denn obwohl sie Milliarden in die Landwirtschaft steckt, setzt sie dem Markt keinen Rahmen um zu verhindern, dass die Landwirtschaft zu Grunde geht.»

Manche kritisieren, unser Text biete eine zu grosse Angriffsfläche, weil er viele Aspekte umfasst – auch wenn diese Aspekte mehrheitlich als grundlegend betrachtet werden. Wir thematisieren als Einzige die Einkommensfrage, die Funktionsweise des Marktes oder den Nachwuchs. «Der Leitgedanke der anderen ist der Markt, der freie Markt.

Wir sind nicht gegen den Markt, aber wir müssen ihm Schranken setzen, sonst ist er zerstörerisch. Ausserdem ist der Markt nicht ein gesellschaftliches Ziel, sondern nur ein Mittel zum Zweck.»

Klar, wir stellen unangenehme Fragen. Anders als der SBV, der sich immer hütet, den Markt in Frage zu stellen. Zwar werden solche Fragen im Situationsbericht 2013 angedeutet, doch er würde es nie wagen, echte Veränderungen per Volksinitiative vorzuschlagen. Das wäre ihm zu subversiv. Schade! Es reicht nicht, über eine Situation zu jammern, man muss sie ändern wollen. Viele unserer Mitglieder sagen: «er beste Schutz für das Kulturland wäre eine korrekte Bezahlung der Bauern, damit sie den Boden kultivieren und pflegen.» Unsere Initiative habe am meisten Substanz, sagen sie. «Andere pflügen die Erde, aber wir werden die Zukunft säen!»

Die Mitglieder von Uniterre sind wie

Abenteurer, welche die letzten Zweifel über Bord werfen: In ihren Augen glitzert die Unternehmenslust, denn mit diesem Abenteuer können wir unseren Ideen

« Es erscheint immer unmöglich, bis man es gemacht hat »

- Nelson Mandela, ehemaliger politischer Gefangener und Präsident der Republik Südafrika

mehr Gehör verschaffen – und sollten wir gewinnen, werden wir viel bewirken. Doch sie haben auch ein leises Zittern in den Knien, angesichts der Arbeit, die auf uns zukommt. Die definitive Entscheidung wird nicht in dieser Zeitschrift gefällt und auch nicht von einem Ausschuss, sondern von unserer Generalversammlung. Wir haben unseren eigenen Rhythmus und der richtet sich nach den Jahreszeiten: Im Herbst fanden die Treffen in den Sektionen statt, im Winter erhält der Text mithilfe eines Verfassungsrechtlers und in Absprache mit potenziellen Alliierten den letzten Schliff und im Frühling wird schliesslich die Generalversammlung stattfinden und entscheiden, wo es hingehen soll.

Wie wird so ein Abenteuer

finanziert?

Wie kommen wir zu 150 000 Fr. und den nötigen Unterschriften? Natürlich auf unsere herkömmliche Weise: durch militante Aktionen und Präsenz auf dem Terrain. Dazu kommt noch ein motivierender Vorschlag: «Wir finden 1200 Patinnen und Paten, die 100 Fr. einzahlen wollen und die sich engagieren, innert 18 Monaten je 100 Unterschriften zu sammeln (= 6 Unterschriften pro Monat).» Diese Patenschaftskampagne kann schon jetzt gestartet werden. Wer von Euch wäre bereit, sich zu engagieren?

Valentina Hemmeler Maïga

Ihre Stimme zählt. Schreiben Sie Ihre Meinung hier im Journal.
info@uniterre.ch

104 bis Ernährungssouveränität

Der Bund, fördert im Sinne der Ernährungssouveränität eine gesunde Nahrungsmittelversorgung durch eine vielfältige, bäuerliche, kostendeckende Landwirtschaft, welche den sozialen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird; er

1. vervollständigt die gesetzlichen Bestimmungen um
 - a. die Installation und unterschiedliche Betriebsformen zu fördern
 - b. die landwirtschaftliche Nutzfläche und die Sömmerungsflächen streng zu schützen
 - c. den Produzenten freien Zugang zu Saatgut zu gewährleisten
2. schafft Rahmenbedingungen welche es ermöglichen
 - a. Mengenregulierungsinstrumente in Produzentenhand einzusetzen, Preise die Produktionskosten decken zu bestimmen, Transparenz auf dem Markt zu schaffen
 - b. den Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten besondere Aufmerksamkeit zu schenken und deren Harmonisierung auf Bundesebene umzusetzen.
3. fördert eine optimale inländische Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln welche sich auf die natürlichen Ressourcen stützt.
4. a. erhebt Zölle oder verbietet den Import von Nahrungsmitteln, welche unter sozialen und ökologischen Bedingungen produziert wurden, die nicht der schweizerischen Gesetzgebung entsprechen oder um einen inländischen Produktionssektor zu erhalten
 - b. verzichtet auf alle Exportsubventionen für Lebensmittel und Agrarprodukte
 - c. integriert soziale und ökologische Standards in allen Handelsverträge
5. a. fördert direkte geschäftsmässige Beziehungen, sowie lokale Verarbeitungs-, Lager- und Vermarktungsstrukturen.
 - b. garantiert die Information über Produktions- und Verarbeitungsbedingungen importierter und inländischer Nahrungsmittel und behält sich vor eigene Qualitätsbestimmungen für Lebensmittel einzusetzen.
6. Unterbreitet die Landwirtschaftspolitikreformen dem obligatorischen Referendum.

SEKRETARIAT UND SEKTIONEN VON UNITERRE

Neuigkeiten aus unserer Gewerkschaft

National

Uniterre will ihre Arbeit fortsetzen, um der einheimischen Futtermittelproduktion Schub zu verleihen. Sehr aktiv im Jahr 2012 und 2013, damit die Unterstützung der Futtermittelproduktion im Landwirtschaftsgesetz verankert wird, will Uniterre so schnell wie möglich eine Plattform zur gemeinsamen Reflexion und Aktion auf die Beine stellen, um den Anbau von Futtermitteln (Getreide, Protein, etc...) zu fördern. Uniterre will den SGPV, IP Suisse, Bio Suisse und die Forschung (FIBL und Agroscope) integrieren. Es ist entscheidend, dass die Schweiz versucht, den Trend zur immer grösseren Abhängigkeit von Importen umzukehren.

Die Milch-Kommission überwacht die Entwicklung des «Weisse Linie»-Dossiers im Bundeshaus und schaut auf Möglichkeiten zur Entwicklung von konkreten Projekten in der Milchwirtschaft.

Im Hinblick auf junge Menschen

und Zugang zu Land, hatte Uniterre eine Diskussion mit dem Verband der kleinen und mittleren Bauern, die wie wir, die Menschen auf der Suche nach landwirtschaftlichen Flächen und die die ihren Boden übergeben möchten, besser vernetzen und einreichen möchten.

Darüber hinaus trifft sich Uniterre bald mit der Universität Lausanne, die kürzlich die Entwicklung der Ergebnisse einer Umfrage über die Bedürfnisse von Land von Jungen, welche im 3. Jahr der landwirtschaftlichen Ausbildungsjahr sind, abgeschlossen hat.

Jérôme Wyss, Student in Ausbildung zum Sozial Animator, macht ein 6 monatiges Praktikum bei Uniterre. Hauptanliegen, das er entwickeln will, ist die Sensibilisierung von Kindern zum Thema Ernährungssouveränität.

International

Uniterre ist wieder aktiv auf dem Plan einer internationalen Erklärung über die Rechte der Bäuerinnen und

Bauern. Auf Grund der geleisteten Lobby-Arbeit im Jahr 2012, welche die NGOs und nationale und kantonale PolitikerInnen mobilisiert hat, hat sich die Schweiz nun vorgenommen pro-aktiv im Rahmen des Rates für Menschenrechte zu arbeiten. So wurden Uniterre und andere Akteure der Kampagne zu einem Treffen eingeladen.

Mit La Via Campesina verfolgen wir die Entwicklungen. In der Tat, nach der Abstimmung im September 2012 zur Gründung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe, sind es die Staaten, die für die Ausarbeitung einer internationalen Erklärung verantwortlich sind. So ist es für uns entscheidend wichtig, dass sie sich nicht vom Initialtext, den die Organisationen entwickelt haben, entfernen.

Uniterre wird an der Generalversammlung der europäischen Koordination La Via Campesina (ECVC) teilnehmen, welche Anfangs März in Norwegen stattfindet.

Die Sektionen sind lebendig, sie organisieren zahlreiche Aktivitäten. Zögert nicht, wenn ihr sie kontaktieren wollt! Die Sektionen leben mit euch und halten euch einen Platz frei!

Sektion Zürich

Kontakt: Samuel Spahn
spahn.s@bluewin.ch
076 512 75 55

Sektion Nord-West

Kontakt: Florian Buchwalder
flobass@gmx.ch
079 470 70 48

Präsidium

Jakob Alt 044 748 08 52
Ulrike Minkner 032 941 29 34

Genussewoche 2014

Uniterre ist zum 2. Mal Partner der Genussewoche. Sie findet vom 18. bis 28. September statt. Die Mitglieder von Uniterre haben Möglichkeit, Ihre Aktivitäten gratis im offiziellen Programm einzuschreiben. Mehr Info: 021 601 74 67

Auftakt zum UNO-Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann,

Die UNO hat das Jahr 2014 zum internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe ernannt. Laut dem aktuellen Jahresbericht der UNCTAD ist die Neuausrichtung der Landwirtschaft eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Bericht zeigt, wie schon vor fünf Jahren der Weltagrarbericht, dass ein grundlegendes Umdenken in der Landwirtschaft erfolgen muss. Ein Umdenken, weg von der industriellen Produktion, hin zu einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft.

Wir fordern Sie deshalb auf, die Betriebe nicht mehr über den Leisten der Grösse und der Anzahl Hektaren zu schlagen. Die realen, vielseitigen Leistungen der Bäuerinnen und Bauern, auf welche wir im Folgenden eingehen

werden, müssen Anerkennung finden!

Betriebsleitende von bäuerlichen Betrieben verstehen ihre wirtschaftliche Grundlage, den Boden, als begrenzte Ressource. Sie bewirtschaften den Boden so, dass er künftigen Generationen auch als Lebensgrundlage dienen kann und handeln in Zusammenarbeit mit der Natur und mit dem gegebenen Standort. Die vielseitige Landschaft ist Teil der bäuerlichen Betriebe, bietet Nützlingen Raum und begünstigt das gesunde Wachstum der Kulturen. (...) Entsprechend ihren Interessen und Fähigkeiten setzen sie auf mehrere Betriebszweige, bleiben damit flexibel und passen sich klimatischen und gesellschaftlichen Veränderungen an.

Die von bäuerlichen Betrieben produzierten Lebensmittel sind auch kulturelle Erzeugnisse, also Ausdruck einer Region und somit viel mehr als konzentrierte Nährstoffe. Wenn sie lokal verarbeitet und gegessen werden,

profitieren alle. Die KonsumentInnen gewinnen mehr Vertrauen in die Lebensmittel, die Bauern und Bäuerinnen verbessern die Wertschöpfung ihrer Produkte und das lokale Gewerbe hat Aufträge. (...)

Die bäuerliche Landwirtschaft ist eine Antwort auf die aktuellen Schlagworte: Selbstversorgung, Ernährungssicherheit und -souveränität. Wirklich souverän sind ProduzentInnen und KonsumentInnen, wenn sie über ihre Landwirtschaft selber bestimmen und diese nicht von industriellen Interessen gelenkt wird. Echte Eigenständigkeit der Schweizer Landwirtschaft beginnt bei der gentechnikfreien, ökologischen Züchtung, erstreckt sich über standortangepasste, vielfältige Produktion, bis hin zu regionalen Kreisläufen und Konsum.

Die flächenmässige Grösse eines Betriebes ist keine adäquate Vergleichsgrundlage. Sie sagt nichts über die

Wertschöpfung eines Betriebes aus, widerspiegelt weder seinen Wert für die Region, noch liefert sie Angaben über den realen Arbeitsaufwand und die Anzahl der Mitarbeitenden.

Die Kleinbauern-Vereinigung fordert von Ihnen:

1. Die Leistungen von flächenmässig kleineren und mittleren bäuerlichen Betrieben anzuerkennen und nicht mit der Agrarpolitik einen Strukturwandel zu forcieren.

2. Die vielfältige, bäuerliche Landwirtschaft zu stärken – von der Züchtung über die Produktion und die Verarbeitung, bis hin zur Vermarktung.

3. Eine praxisnahe SAK-Berechnung zu schaffen, die dem realen Aufwand der Betriebe Rechnung trägt.

*Regina Fuhrer, Präsidentin
Vorstand Kleinbauern-Vereinigung
& Geschäftsstelle*

Politblog: Volksinitiativen

Patrick Chuard machte am Montag 30.12.2013 in seinem Politblog im Tagesanzeiger unter dem Titel „Ja zu mehr Grenzen – auf dem Teller“

eine ausführliche Analyse der Initiative der Grünen und der des Bauernverbandes, welche beide anfangs 2014 lanciert werden sollen. Die beiden Initiativen seien sehr unterschiedlich ausgerichtet, könnten sich aber trotzdem ergänzen. Beide würden die Problematik der langen Transportwege, der damit verbundenen Umweltschäden und die Konkurrenz der lokalen Produktion angehen. Die Konsumentenschutzverbände seien gut beraten beide Initiativen zu unterstützen. Chuard schreibt weiter: „Billige Nahrungsmittel führen dazu, dass deren Produktion und Verteilung immer stärker industrialisiert werden. Dieser Mechanismus erweist sich für die Landwirtschaft als destruktiv. Eigentlich müsste man noch weiter gehen als die beiden Initiativen: Man müsste den Produzenten ihre Würde und Wichtigkeit zurückgeben, wie das (...) Uniterre fordert.“ Chuard empfiehlt den LeserInnen als Vorsatz fürs Neue Jahr weniger zu konsumieren, dafür aber auf die Qualität zu achten.

Agenda

WTO und mehr!

Käftigturm, Bern

28 Februar, 19:00

World Trade Organisation und bilaterale Verträge, ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Mit Nikolai Fuchs von Nexus Fond
Org.: Uniterre et Vision2035

Infos: www.uniterre.ch > Agenda